17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Doppelpass jetzt – Optionsregelung schnellstmöglich aufheben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus spricht sich für die schnellstmögliche Aufhebung der Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus und begrüßt die diesbezügliche parteiübergreifende Einigkeit.

1. Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Optionspflicht nach § 29 Staatsangehörigkeitsgesetz gänzlich aufgehoben wird,
- die gesetzliche Möglichkeit dafür geschaffen wird, dass diejenigen, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit infolge der geltenden Optionsregelung verloren haben, sie durch eine einfache Erklärung wiedererwerben können, ohne ihre ausländische Staatsangehörigkeit aufzugeben, und
- diejenigen, die infolge der geltenden Optionsregelung ihre ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben haben, die Genehmigung für den Wiedererwerb der ausländischen Staatsangehörigkeit erhalten, ohne ihre deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren.
- Der Gesetzesantrag Drs. 90/14 ist hierfür im Bundesrat zu unterstützen.

2. Der Senat wird aufgefordert, nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Hamburg oder Brandenburg durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass betroffenen Menschen bis zum Inkrafttreten eines Bundesgesetzes zur Aufhebung der Optionspflicht nicht die deutsche Staatsangehörigkeit verloren geht.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.05.2014 zu berichten.

Begründung:

Die im Staatsangehörigkeitsrecht verankerte Optionspflicht ist eine im Jahr 2000 durch einen politischen Kompromiss entstandene Regelung. Sie verpflichtet in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern, die durch Geburt neben der ausländischen die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, sich bis zu ihrem 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsangehörigkeiten zu entscheiden.

Dieser Entscheidungszwang ist in vielerlei Hinsicht problematisch. So wird eine langjährig geführte und gelebte deutsche Staatsangehörigkeit von jungen Menschen, die in Deutschland aufgewachsen und verwurzelt sind, im frühen Erwachsenenalter wieder in Frage gestellt. Bei Nichtaufgabe der ausländischen Staatsangehörigkeit droht der deutsche Pass automatisch verloren zu gehen. Zudem stellt die Optionsregelung Menschen aus bestimmten Staaten schlechter als andere. So können EU-Bürgerinnen und -Bürger sowie Kinder aus binationalen Partnerschaften die deutsche neben einer anderen Staatsbürgerschaft behalten. Kinder z.B. türkischer oder russischer Eltern können dies nicht.

Die Optionsregelung hat sich aus den genannten Gründen als partizipations- und integrationspolitisch kontraproduktiv erwiesen. Sie sollte deshalb schnellstmöglich abgeschafft werden. Die erste diesbezügliche Initiative auf Bundesebene ist ein Gesetzesantrag der Länder Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein im Bundesrat (Drs. 90/14), welcher in der 920. Sitzung am 14. März 2014 in erster Lesung beraten wurde. Dieser sieht nicht nur die sofortige und gänzliche Aufhebung der Optionspflicht vor, sondern schafft auch Regelungen für Betroffene, die infolge der Optionspflicht entweder ihre deutsche oder eine ausländische Staatsbürgerschaft verloren haben. Diese sollen auf unbürokratische Weise die verlorene Staatsangehörigkeit wiedererlangen können. Dies ist richtig und konsequent. Der Antrag sollte deshalb vom Land Berlin im Bundesrat unterstützt werden.

Da bezüglich der baldigen Abschaffung der Optionspflicht parteiübergreifend Einigkeit besteht, ist zudem die ungewollte Benachteiligung von Personen, die aktuell optionspflichtig sind bzw. werden, zu vermeiden. Der Senat kann darauf hinwirken, dass Betroffenen nicht vor Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit verloren geht. Ähnlich wie in anderen Bundesländern sind hierfür die zuständigen Behörden anzuweisen, jeglichen rechtlichen Spielraum in diesem Sinne – etwa über die Zurückstellung von entsprechenden Bescheiden – zu nutzen.

Berlin, den 18. März 2014

U. Wolf Taş
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen